

4.2.1.1.

Verordnung des Bundesrates/Reglement der EDK über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (MAR)

vom 16. Januar/15. Februar 1995

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf Artikel 39 Absatz 2 des ETH-Gesetzes vom
4. Oktober 1991

sowie Artikel 6 litera b des Bundesgesetzes vom 19. Dezember
1877 betreffend die Freizügigkeit des Medizinalpersonals in der
Schweizerischen Eidgenossenschaft,

die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirek-
toren (EDK),

gestützt auf Artikel 3, 4 und 5 des Konkordats vom 29. Oktober
1970 über die Schulkoordination,

gestützt auf Artikel 3, 4 und 6 der Interkantonalen Vereinba-
rung vom 18. Februar 1993 über die Anerkennung von Ausbil-
dungsabschlüssen,

im Hinblick auf die Verwaltungsvereinbarung vom 16. Ja-
nuar/15. Februar 1995 zwischen dem Schweizerischen Bundes-
rat und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erzie-
hungsdirektoren,

beschliessen:

Bundesrat und EDK haben je separate, aber aufeinander abgestimmte Erlasse
für ihren Zuständigkeitsbereich beschlossen. Die vorliegende Ausgabe fasst die
beiden Erlasse zusammen (Verwaltungsvereinbarung Bundesrat/EDK Artikel 1
Absatz 3).

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand

Diese Verordnung / dieses Reglement regelt die schweizerische Anerkennung von kantonalen und kantonal anerkannten gymnasialen Maturitätsausweisen.

Art. 2 Wirkung der Anerkennung

¹Mit der Anerkennung wird festgestellt, dass die Maturitätsausweise gleichwertig sind und den Mindestanforderungen entsprechen.

²Die anerkannten Maturitätsausweise gelten als Ausweise für die allgemeine Hochschulreife.

³Sie berechtigen insbesondere zur:

- a. Zulassung an die Eidgenössischen Technischen Hochschulen nach Artikel 16 des ETH-Gesetzes vom 4. Oktober 1991,
- b. Zulassung zu den eidgenössischen Medizinalprüfungen nach der Allgemeinen Medizinalprüfungsverordnung¹ und zu den eidgenössischen Prüfungen für Lebensmittelchemikerinnen und -chemiker nach dem Lebensmittelgesetz² oder
- c. Zulassung an die kantonalen Universitäten gemäss den entsprechenden kantonalen und interkantonalen Regelungen³.

¹SR 811.112.1

²SR 817.0

³Interkantonale Regelungen: Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993, Interkantonale Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997

2. Anerkennungsbedingungen

Art. 3 Grundsatz

Kantonale sowie von einem Kanton anerkannte Maturitätsausweise werden im Sinne dieser Verordnung/dieses Reglements schweizerisch anerkannt, wenn die Anerkennungsbedingungen dieses Abschnitts erfüllt sind.

Art. 4 Maturitätsschulen

Maturitätszeugnisse werden nur anerkannt, wenn sie an einer allgemeinbildenden Vollzeitschule der Sekundarstufe II oder an einer allgemeinbildenden Vollzeit- oder Teilzeitschule für Erwachsene erworben worden sind.

Art. 5 Bildungsziel

¹Ziel der Maturitätsschulen ist es, Schülerinnen und Schülern im Hinblick auf ein lebenslanges Lernen grundlegende Kenntnisse zu vermitteln sowie ihre geistige Offenheit und die Fähigkeit zum selbständigen Urteilen zu fördern. Die Schulen streben eine breit gefächerte, ausgewogene und kohärente Bildung an, nicht aber eine fachspezifische oder berufliche Ausbildung. Die Schülerinnen und Schüler gelangen zu jener persönlichen Reife, die Voraussetzung für ein Hochschulstudium ist und die sie auf anspruchsvolle Aufgaben in der Gesellschaft vorbereitet. Die Schulen fördern gleichzeitig die Intelligenz, die Willenskraft, die Sensibilität in ethischen und musischen Belangen sowie die physischen Fähigkeiten ihrer Schülerinnen und Schüler.

²Maturandinnen und Maturanden sind fähig, sich den Zugang zu neuem Wissen zu erschliessen, ihre Neugier, ihre Vorstellungskraft und ihre Kommunikationsfähigkeit zu entfalten sowie allein und in Gruppen zu arbeiten. Sie sind nicht nur gewohnt, logisch zu denken und zu abstrahieren, sondern haben auch Übung im intuitiven, analogen und vernetzten Denken. Sie haben somit Einsicht in die Methodik wissenschaftlicher Arbeit.

³Maturandinnen und Maturanden beherrschen eine Landessprache und erwerben sich grundlegende Kenntnisse in anderen nationalen und fremden Sprachen. Sie sind fähig, sich klar, treffend und einfühlsam zu äussern, und lernen, Reichtum und Besonderheit der mit einer Sprache verbundenen Kultur zu erkennen.

⁴Maturandinnen und Maturanden finden sich in ihrer natürlichen, technischen, gesellschaftlichen und kulturellen Umwelt zurecht, und dies in bezug auf die Gegenwart und die Vergangenheit, auf schweizerischer und internationaler Ebene. Sie sind bereit, Verantwortung gegenüber sich selbst, den Mitmenschen, der Gesellschaft und der Natur wahrzunehmen.

Art. 6 Dauer

¹Die Ausbildung bis zur Maturität muss insgesamt mindestens zwölf Jahre dauern.

²Mindestens die letzten vier Jahre sind nach einem eigens für die Vorbereitung auf die Maturität ausgerichteten Lehrgang zu gestalten. Ein dreijähriger Lehrgang ist möglich, wenn auf der Sekundarstufe I eine gymnasiale Vorbildung erfolgt ist.

³An Maturitätsschulen für Erwachsene muss der eigens auf die Maturität ausgerichtete Lehrgang mindestens drei Jahre dauern. Ein angemessener Teil dieses Lehrgangs muss im Direktunterricht absolviert werden.

⁴Werden Schülerinnen und Schüler aus andern Schultypen in den gymnasialen Lehrgang aufgenommen, so haben sie in der Regel den Unterricht der beiden letzten Jahre vor der Maturität zu besuchen.

Art. 7 Lehrkräfte

¹Im Maturitätslehrgang (Art. 6 Abs. 2 und 3) ist der Unterricht von Lehrkräften zu erteilen, die das Lehrdiplom für Maturitätsschulen erworben oder eine andere fachliche und pädagogische Ausbildung mit gleichem Niveau abgeschlossen haben. Für Fächer, in denen die wissenschaftliche Ausbildung an einer

Universität möglich ist, ist als Abschluss ein universitärer Master verlangt.⁴

²Progymnasialer Unterricht auf der Sekundarstufe I kann auch von Lehrkräften dieser Stufe erteilt werden, sofern sie über die entsprechende fachliche Qualifikation verfügen.

Art. 8 Lehrpläne

Die Maturitätsschulen unterrichten nach Lehrplänen, die vom Kanton erlassen oder genehmigt sind und sich auf den gesamtschweizerischen Rahmenlehrplan der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren abstützen.

Art. 9 Maturitätsfächer

¹Die Grundlagenfächer, ein Schwerpunktfach, ein Ergänzungsfach und die Maturaarbeit bilden die Maturitätsfächer.⁵

²Die Grundlagenfächer sind:

- a. die Erstsprache,
- b. eine zweite Landessprache,
- c. eine dritte Sprache (eine dritte Landessprache, Englisch oder eine alte Sprache),
- d. Mathematik,
- e. Biologie,
- f. Chemie,
- g. Physik,
- h. Geschichte,
- i. Geographie,
- k. Bildnerisches Gestalten und / oder Musik.⁶

^{2bis}Es steht den Kantonen frei, Philosophie als weiteres Grundlagenfach anzubieten.⁷

³Das Schwerpunktfach ist aus den folgenden Fächern oder Fächergruppen auszuwählen:

⁴Änderung vom 14. Juni 2007

⁵Änderung vom 14. Juni 2007

⁶Änderung vom 14. Juni 2007

⁷Änderung vom 14. Juni 2007

- a. alte Sprachen (Latein und/ oder Griechisch),
- b. eine moderne Sprache (eine dritte Landessprache, Englisch, Spanisch oder Russisch),
- c. Physik und Anwendungen der Mathematik,
- d. Biologie und Chemie,
- e. Wirtschaft und Recht,
- f. Philosophie/Pädagogik/Psychologie,
- g. Bildnerisches Gestalten und
- h. Musik.

⁴Das Ergänzungsfach ist aus den folgenden Fächern auszuwählen:

- a. Physik,
- b. Chemie,
- c. Biologie,
- d. Anwendungen der Mathematik,
- d^{bis}Informatik,⁸
- e. Geschichte,
- f. Geographie,
- g. Philosophie,
- h. Religionslehre,
- i. Wirtschaft und Recht,
- k. Pädagogik/Psychologie,
- l. Bildnerisches Gestalten,
- m. Musik und
- n. Sport.

⁵Eine Sprache, die als Grundlagenfach belegt wird, kann nicht gleichzeitig als Schwerpunktfach gewählt werden. Ebenso ist die gleichzeitige Wahl eines Faches als Schwerpunkt- und Ergänzungsfach ausgeschlossen. Die Wahl von Musik oder Bildnerischem Gestalten als Schwerpunktfach schliesst die Wahl von Musik, Bildnerischem Gestalten oder Sport als Ergänzungsfach aus.

^{5bis}Als weiteres obligatorisches Fach belegen alle Schülerinnen und Schüler eine Einführung in Wirtschaft und Recht.⁹

⁸Änderung vom 14. Juni 2007

⁹Änderung vom 14. Juni 2007

⁶Für die Ausbildungsangebote der Maturitätsschulen in den Grundlagen-, Schwerpunkt- und Ergänzungsfächern sind die Bestimmungen der Kantone massgebend.

⁷Im Grundlagenfach "Zweite Landessprache" müssen mindestens zwei Sprachen angeboten werden. In mehrsprachigen Kantonen kann eine zweite Kantonssprache als "zweite Landessprache" bestimmt werden.

Art. 10 Maturaarbeit

Schülerinnen und Schüler müssen allein oder in einer Gruppe eine grössere eigenständige schriftliche oder schriftlich kommentierte Arbeit erstellen und mündlich präsentieren.

Art. 11 Anteile der verschiedenen Lern- und Wahlbereiche

Die gesamte Unterrichtszeit für die in Artikel 9 aufgeführten Fächer muss folgende Anteile umfassen:

- | | |
|---|---------------------|
| a. Grundlagenfächer und obligatorische Fächer: | |
| 1. Sprachen
(Erstsprache, zweite und dritte Sprache) | 30–40% |
| 2. Mathematik und Naturwissenschaften
(Biologie, Chemie und Physik) | 25–35% |
| 3. Geistes- und Sozialwissenschaften
(Geschichte, Geografie, Einführung in Wirtschaft
und Recht sowie allenfalls Philosophie) | 10–20% |
| 4. Kunst
(Bildnerisches Gestalten und / oder Musik) | 5–10% ¹⁰ |
| b. für den Wahlbereich:
Schwerpunkt- und Ergänzungsfach sowie
Maturaarbeit: | 15–25 % |

¹⁰Änderung vom 14. Juni 2007

Art. 11^{bis} Interdisziplinarität¹¹

Jede Schule stellt sicher, dass die Schülerinnen und Schüler mit fächerübergreifenden Arbeitsweisen vertraut sind.

Art. 12 Dritte Landessprache

Neben dem Angebot der Landessprachen im Bereich der Grundlagen- und Schwerpunktfächer muss auch eine dritte Landessprache als Freifach angeboten werden. Die Kenntnis und das Verständnis der regionalen und kulturellen Besonderheiten des Landes sind durch geeignete Massnahmen zu fördern.

Art. 13 Rätoromanisch

Im Kanton Graubünden kann die rätoromanische Sprache zusammen mit der Unterrichtssprache als Erstsprache (Artikel 9 Absatz 2 litera a) bezeichnet werden.

Art. 14 Prüfungsfächer

¹Eine Maturitätsprüfung findet in mindestens fünf Maturitätsfächern statt. Die Prüfungen sind schriftlich; es kann zusätzlich mündlich geprüft werden.

²Prüfungsfächer sind:

- a. die Erstsprache,
- b. eine zweite Landessprache oder eine zweite Kantonssprache im Sinne von Artikel 9 Absatz 7,
- c. Mathematik,
- d. das Schwerpunktfach und
- e. ein weiteres Fach, für dessen Wahl die Bedingungen des Kantons massgebend sind.

¹¹Änderung vom 14. Juni 2007

Art. 15 Maturitätsnoten und Bewertung der Maturaarbeit

¹Die Maturitätsnoten werden gesetzt:

- a. in den Fächern, in denen eine Maturitätsprüfung stattfindet, je zur Hälfte aufgrund der Leistungen im letzten Ausbildungsjahr und der Leistungen an der Maturitätsprüfung;
- b. in den übrigen Fächern aufgrund der Leistungen im letzten Ausbildungsjahr, in dem das Fach unterrichtet worden ist;
- c. in der Maturaarbeit aufgrund des Arbeitsprozesses, der schriftlichen Arbeit und ihrer Präsentation.¹²

²Bei der Bewertung der Maturaarbeit werden die erbrachten schriftlichen und mündlichen Leistungen berücksichtigt.

Art. 16 Bestehensnormen

¹Die Leistungen in den Maturitätsfächern werden in ganzen und halben Noten ausgedrückt. 6 ist die höchste, 1 die tiefste Note. Noten unter 4 stehen für ungenügende Leistungen.

²Die Maturität ist bestanden, wenn in den Maturitätsfächern nach Artikel 9 Absatz 1.¹³

- a. die doppelte Summe aller Notenabweichungen von 4 nach unten nicht grösser ist als die Summe aller Notenabweichungen von 4 nach oben;
- b. nicht mehr als vier Noten unter 4 erteilt wurden.¹⁴

³Zur Erlangung des Maturitätsausweises sind zwei Versuche zulässig.

Art. 17 Grundkurs in Englisch

Für Schülerinnen und Schüler, die Englisch nicht als Maturitätsfach gewählt haben, muss ein Grundkurs in Englisch angeboten werden.

¹²Änderung vom 14. Juni 2007

¹³Änderung vom 14. Juni 2007

¹⁴Änderung vom 14. Juni 2007

3. Besondere Bestimmungen

Art. 18 Zweisprachige Maturität

Die von einem Kanton nach eigenen Vorschriften erteilte zweisprachige Maturität kann ebenfalls anerkannt werden.

Art. 19 Schulversuche¹⁵

¹Abweichungen von Bestimmungen dieser Verordnung/dieses Reglements für die Durchführung von Schulversuchen und für Schweizer Schulen im Ausland können bewilligt werden.

²Abweichungen für Schulversuche sind von der Schweizerischen Maturitätskommission, solche für Schweizer Schulen im Ausland vom Eidgenössischen Departement des Innern und vom Vorstand der EDK, zu bewilligen.

Art. 20 Formerfordernisse an den Ausweis

¹Der Maturitätsausweis enthält:

- a. die Aufschrift "Schweizerische Eidgenossenschaft" sowie die Kantonsbezeichnung,
- b. den Vermerk "Maturitätsausweis, ausgestellt nach den Erlassen des Bundesrates und der EDK über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen vom 16. Januar/15. Februar 1995",
- c. den Namen der Schule, die ihn ausstellt,
- d. den Namen, Vornamen, Heimatort (für Ausländerinnen und Ausländer: Staatsangehörigkeit und Geburtsort) und das Geburtsdatum der Inhaberin oder des Inhabers,
- e. die Angaben der Zeit, während der die Inhaberin oder der Inhaber die Schule besucht hat,
- f. die Noten der Maturitätsfächer nach Artikel 9 Absatz 1,¹⁶
- g. das Thema der Maturaarbeit,¹⁷

¹⁵Änderung vom 14. Juni 2007

¹⁶Änderung vom 14. Juni 2007

¹⁷Änderung vom 14. Juni 2007

- h. gegebenenfalls einen Hinweis auf die Zweisprachigkeit der Maturität mit Angabe der zweiten Sprache und
- i. die Unterschrift der zuständigen kantonalen Behörde und der Rektorin oder des Rektors der Schule.

²Die Noten für kantonal vorgeschriebene oder andere belegte Fächer können im Maturitätsausweis ebenfalls aufgeführt werden.

4. Schweizerische Maturitätskommission

Art. 21

Aufgaben und Zusammensetzung der Schweizerischen Maturitätskommission richten sich nach der Verwaltungsvereinbarung vom 16. Januar/15. Februar 1995 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren.

5. Verfahren

Art. 22 Zuständigkeit

¹Der Kanton richtet sein Gesuch an die Schweizerische Maturitätskommission.

²Über Gesuche entscheiden das Eidgenössische Departement des Innern und der Vorstand der EDK auf Antrag der Schweizerischen Maturitätskommission.

Art. 23 Rechtsschutz

a. auf Bundesebene

Gegen Verfügungen des Eidgenössischen Departementes des Innern kann der gesuchstellende Kanton Beschwerde führen. Das Verfahren richtet sich nach den allgemeinen Bestimmungen über die Bundesverwaltungsrechtspflege.

b. auf interkantonaler Ebene

¹Lehnt der Vorstand ein Anerkennungsgesuch ab, können der gesuchstellende Kanton und der betroffene Träger der Schule innert 60 Tagen den Entscheid bei der Plenarversammlung der EDK anfechten.

²Gegen Entscheide der Plenarversammlung kann ein Kanton gestützt auf Artikel 120 des Bundesgerichtsgesetzes (BGG)¹⁸ beim Bundesgericht Klage einreichen. Für die betroffenen Schulträger steht die Beschwerde gemäss Artikel 82 BGG zur Verfügung.

6. Schlussbestimmungen

Art. 24 Aufhebung bisherigen Rechts

Die Verordnung des Schweizerischen Bundesrates vom 22. Mai 1968 über die Anerkennung von Maturitätsausweisen wird aufgehoben.

Art. 25 Übergangsbestimmungen

a. auf Bundesebene

Nach bisherigem Recht erteilte Anerkennungen sind noch acht Jahre ab Inkrafttreten dieser Verordnung gültig.

b. auf interkantonaler Ebene

Der Kanton hat bis spätestens acht Jahre nach Inkrafttreten dieses Reglements den Nachweis zu erbringen, dass seine Maturitätszeugnisse oder die von ihm anerkannten Maturitätszeugnisse den Bestimmungen dieses Reglements entsprechen.

¹⁸Bundesgesetz über das Bundesgericht vom 17. Juni 2005 (Bundesgerichtsgesetz, BGG); SR 173.110

*Art. 25^{bis} Übergangsbestimmungen für die Änderungen vom
14. Juni 2007¹⁹*

¹Anerkennungsgesuche, die gemäss bisherigem Recht eingereicht wurden, werden gestützt auf bisheriges Recht beurteilt.

²Anerkennungsgesuche, die nach dem Inkrafttreten der Änderungen vom 14. Juni 2007 eingereicht werden, werden nach neuem Recht beurteilt.

³Ausbildungen, deren Abschlüsse (Maturitätsausweise) gemäss bisherigem Recht anerkannt worden sind, sind innert einem Jahr nach Inkrafttreten der Änderungen vom 14. Juni 2007 an das neue Recht anzupassen. Die vorgenommenen Änderungen sind der Schweizerischen Maturitätskommission zur Überprüfung einzureichen.

Art. 26 Inkrafttreten

¹Diese Verordnung/dieses Reglement tritt am 1. August 1995 in Kraft.

²Die Änderungen vom 14. Juni 2007 treten am 1. August 2007 in Kraft.²⁰

Bern, 16. Januar 1995

Im Namen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren

Der Präsident:
Schmid

Der Generalsekretär:
Arnet

¹⁹Änderung vom 14. Juni 2007

²⁰Änderung vom 14. Juni 2007

Bern, 15. Februar 1995

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:
Villiger

Der Bundeskanzler:
Couchepin